

**Interpellation SVP-Fraktion / SP-GRÜNE-GLP-Fraktion / Die Mitte-EVP-Fraktion /
FDP-Fraktion:
«Finanzielle Bildung der St.Galler Jugend stärken**

Gemäss dem Bundesamt für Statistik lebten im Jahr 2023 9,5 Prozent der 18- bis 24-Jährigen in einem Haushalt mit mindestens einem ausstehenden Steuerbetrag. Gleichzeitig zeigt eine Auswertung der Caritas St.Gallen-Appenzell, dass die Verschuldung von jungen Erwachsenen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren in den vergangenen zwei Jahren um rund 7 Prozent zugenommen hat. Fachstellen und Medien berichten zudem, dass viele junge Erwachsene bereits kurz nach Erreichen der Volljährigkeit mit Betreibungen, Verlustscheinen oder offenen Steuerforderungen konfrontiert sind. Diese Informationen lassen vermuten, dass die Verschuldung junger Erwachsener auch im Kanton St.Gallen ein Problem darstellt.

Als Ursachen genannt werden unter anderem fehlende finanzielle Bildung, mangelnde Kenntnisse des Steuersystems sowie erstmals anfallende Verpflichtungen wie Steuern und Krankenkassenprämien. Es stellt sich damit auch die Frage nach einer allfälligen Stärkung der finanziellen Bildung, insbesondere an Berufs- und Mittelschulen (Sekundarstufe II). Das Anliegen wurde ebenfalls im Jugendparlament SG AI AR diskutiert und dem Präsidium des Kantonsrates präsentiert.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele junge Erwachsene (18 bis 24 Jahre) im Kanton St.Gallen hatten in den Jahren 2021, 2022, 2023, 2024 und 2025 mindestens einen ausstehenden Steuerbetrag?
2. Wie viele junge Erwachsene im Kanton St.Gallen waren in den Jahren 2021, 2022, 2023, 2024 und 2025 von mindestens einer Betreibung, (Lohn-)Pfändung oder einem Verlustschein betroffen?
3. Verfügt der Kanton über weitere Indikatoren, welche auf eine allfällige zunehmende Problematik im Zusammenhang mit der Verschuldung von jungen Erwachsenen hinweisen?
4. Welche Angebote bestehen heute an Volksschulen und öffentlichen Schulen der Sekundarstufe II, um die finanzielle Bildung von Schülerinnen und Schülern zu verbessern?
5. Wie sind diese Angebote ausgestaltet (z.B. hinsichtlich des Umfangs, obligatorischer oder freiwilliger Teilnahme, Art und Name des Leistungserbringers usw.)?
6. Wie beurteilt die Regierung die Erreichung der Lernziele der Schülerinnen und Schüler gemäss Lehrplan 21 für die Volksschule bzw. den geltenden Rahmenlehrplänen für die Sekundarstufe II?
7. Welche Möglichkeiten bestehen aus Sicht der Regierung, um den Stellenwert der finanziellen Bildung insb. an öffentlichen Schulen der Sekundarstufe II zu stärken?»

3. März 2026

SVP-Fraktion
SP-GRÜNE-GLP-Fraktion
Die Mitte-EVP-Fraktion
FDP-Fraktion